Regiment ist damit der erste wichtige Schritt geschehen, auf Kosten des von der Volksvertretung bisher behaupteten Ansehens. Die Mehrheit bestand aus der Rechten und den „Moderaten", die Minderheit aus den Radicalen unter der Führung von Dr. Eduard Brandes, dem jüngeren Bruder des bekannten Literaturhistorikers; bemerkenswerth war, daß die in der Hauptstadt gewählten zwei demokratischen Deputirten sich der Abstimmung enthielten. Eine weitere Niederlage erfuhr der Radicalismus Tags darauf bei der Ersatzwahl für seinen verstorbenen Führer Tauber in einem seeländischen Landbezirk; dort siegte mit großer Mehrheit durch Unterstützung der Rechten der moderate Candidat über den radicalen; gegen die Wahl von 1890 ist dort die Opposition auf die Hälfte der Stimmenzahl heruntergegangen.

Der seit Anfang der Woche wieder in Brüssel befindliche General Brialmont hat einem Besucher Mittheilungen über seine Konstantinopeler Erlebnisse zugehen lassen, welche darthun, daß der hervorragende Ingenieur für seine Person und seine Vorschläge den vollen Beifall des Sultans errungen hat, wenngleich damit noch keineswegs gesagt ist, ob und in welchem Umfange die von ihm empfohlenen Maßregeln zur Vertheidigung Konstantinopels auf der Land- und Seeseite auch wirklich ins Werk gesetzt werden. Dem General wurde von dem Sultan und den türkischen Behörden in jeder Weise entgegengekommen. Er konnte seine Studien in völliger Freiheit und Zwanglosigkeit machen, konnte seine Ideen ohne alle Nebenrücksichten entwickeln und in einer ausführlichen Denkschrift niederlegen, welche dem Sultan so sehr einleuchtete, daß er dem General nicht nur den Großcordon des Osmanie-Ordens verlieh, sondern ihm auch den Antrag machte, in seine Dienste zu treten und die Oberleitung der türkischen Landesvertheidigung zu übernehmen. Auf letzteres Erbieten einzugehen, verbieten dem General Rücksichten auf seine persönliche und öffentliche Stellung in Belgien, dennoch ließ der Sultan nicht nach, bis der General versprach, im nächsten Frühjahr und auch später seinen Besuch in Konstantinopel zu wiederholen. Auf der Rückreise nahm General Brialmont auch in Sofia einen kurzen Aufenthalt, der ihn sehr befriedigt zu haben scheint. Wenigstens ließ er sich über Bulgarien ganz anerkennend vernehmen. Er besichtigte in Sofia auch die nach seinen Entwürfen in Ausführung begriffenen Festungswerke, die ihrer Vollendung rasch entgegengehen. Binnen Jahresfrist, meint General Brialmont, werde die Befestigung der bulgarischen Hauptstadt durchgeführt sein.

Deutsches Reich.

x. y. **Berlin,** 18. November. „Zur Pensionsgesetz-Novelle". Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Darmstädter Allgemeine Militairzeitung" einen der „Deutschen Warte" entstammenden Aufsatz, der wohl verdient, in den Kreisen unserer gesetzgebenden Factoren gerade jetzt Beachtung zu finden, wo bei Berathung der Novelle zum Pensionsgesetze sich die Gelegenheit bietet, die undeutliche, zu Mißverständnissen Anlaß gebende Fassung einzelner Puncte des zu Recht bestehenden Pensionsgesetzes zu berichtigen. Zunächst wird auf den Widerspruch hingewiesen, daß, obgleich die Militairpension nach §. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 ein durch die Militairdienstzeit oder eine erlittene Dienstbeschädigung erworbenes Recht ist, nach §. 29 desselben Gesetzes um Gewährung von Pension beim Gesuche um Verabschiedung nachgesucht werden müsse, andernfalls gehe der zu Verabschiedende dieses Rechtes verlustig. Sodann wird bemängelt, daß nach §. 52b des Pensions-Gesetzes auf Verlust der eigentlichen Pension als Nebenstrafe richterlich erkannt werden könne, obwohl weder das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich, noch das Militairstrafgesetzbuch den Pensionsverlust als zulässige Nebenstrafe aufführe. Weiter wird auf die ungleichmäßige Behandlung zwischen den Pensionairen, welche im Militairdienste und solchen, welche im Civildienste Wiederverwendung finden, hingewiesen. §. 36 des Pensions-Gesetzes setzt nämlich fest, daß bei der Pensionsberechnung eines in den Civildienst Uebergetretenen in gewissen Grenzen nur die wirkliche Militairpension aufgerechnet wird, die Pensionszulagen aber dem Empfänger verbleiben. Es behält also beispielsweise ein Lieutenant die ihm bei seinem Ausscheiden als Kriegsinvaliden einmal zuerkannte Kriegszulage in Höhe von 750 ℳ, wenn er auch bei seinem Ausscheiden aus dem Civildienst eine Pension zugebilligt erhält, die dem Pensionssatz eines Hauptmanns oder Stabsofficiers gleichkommt oder überschreitet. Anders der Lieutenant, der beispielsweise in der Landgendarmerie, dem Nebenetat des Großen Generalstabes oder in einer sonstigen Stellung Verwendung findet, die für Invalide vorbehalten ist. Wird er in dieser Stellung in eine höhere Gehaltsclasse befördert, z. B. in die eines Hauptmanns, so bezieht er, so lange er im Dienste ist, seine Lieutenants-Kriegszulage unverkürzt weiter. Wird er aber zum zweiten Male pensionirt, so erfährt seine Kriegszulage nach bisher üblichem Brauche eine Verkürzung nach der im §. 12 des Pensions-Gesetzes gegebenen Scala, und zwar um 300 bis 450 ℳ. Dieser Unterschied in der Behandlung kann nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben; derselbe trifft den beispielsweise in den Gendarmeriedienst eingetretenen Officier um so härter, weil er erfahrungsmäßig viel eher gezwungen sein wird, den Dienst wieder zu verlassen, wie sein College, der im Eisenbahndienste, im Gefängnißwesen oder bei der Postverwaltung mit der Zeit in eine einträgliche Stellung gerückt ist, in der er gut bis zum 60. Lebensjahre aushalten kann. Zum Schlusse bringt das Blatt eine Härte zur Sprache, die seiner Zeit viel besprochen wurde, da deren Grund Niemandem recht einleuchtete. Denjenigen Verwundeten aus dem letzten Feldzuge nämlich, welche in den Gefechten des Jahres 1870 ihre Verletzungen davon trugen, aus den Feldlazarethen nach der Heimath übergeführt wurden und hier oft noch tief bis in das Jahr 1871, ja 1872 hinein an ihren Wunden darniederlagen, wird nur das Jahr 1870 als Feldzugsjahr doppelt gerechnet, auch wenn sie der mobilen Armee angehören blieben, während solchen, welche erst im Winter 1870, nachdem die Hauptschlachten geschlagen waren, als Nachschub aus der Heimath nach Frankreich kamen, oft ohne mehr an irgend welchem Gefechte theilgenommen zu haben, sowohl das Jahr 1870 wie das Jahr 1871 als Feldzugsjahr doppelt gerechnet wird. In Folge dessen sind Erstere bis jetzt jährlich um $\frac{1}{60}$ ihrer Pension unverdienter Weise geschädigt worden, was um so eher ausgeglichen werden könne, als die nicht nennenswerthe Mehrausgabe dem Reichsinvalidenfonds zur Last fiele, zu dessen Schaffung gerade diese verwundeten Krieger ihr Blut und ihre Knochen hergaben.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt, daß der Kaiser in Person den Reichstag eröffnen wird.

— Der Bundesrath hielt heute eine Plenarsitzung ab. Vorher waren die vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen zu einer Sitzung zusammengetreten. Dem Bundesrath sind die Vorlage über einen Gesetzentwurf wegen Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten, ferner der Gesetzentwurf wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, sowie zur Erhöhung der Betriebsfonds der Reichscasse und der Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1893/94 zugegangen.

— Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht einen Erlaß des Justizministers, welcher Erhebungen über eine Erweiterung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit in Civilprocessen anordnet. Darin ist vom Justizminister eine Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte bei Objecten bis zu 500 ℳ in Aussicht genommen.

— Wie die „B. P. N." hören, hat der russische Botschafter Graf Schuwalow gestern die Antwortnote Rußlands auf die von der Reichsregierung in Sachen eines handelspolitischen Abkommens gemachten Eröffnungen im Auswärtigen Amt übergeben. Es soll ein ziemlich umfangreiches Actenstück sein, welches zunächst der Prüfung der mit der Frage der Handelsvertragsverhandlungen betrauten Ressorts unterworfen werden muß, ehe sich feststellen läßt, ob in der Antwort die Grundlagen für eine weitere Verhandlung über einen Handelsvertrag gegeben sind.

— Den Besuch des Großfürsten Wladimir am hiesigen Hofe möchte man in der Oeffentlichkeit für ein Correlat des Besuches des Großfürsten Thronfolgers am Wiener Hofe anzusehen versucht sein. Ein Beobachter hiesiger Vorgänge, der übrigens keineswegs officiös ist, bemerkt dazu in der „Post":

„Wenn man auch annehmen muß, daß der Großfürst nicht ohne Zustimmung seines Bruders, des Zaren, nach Potsdam gekommen ist, so hat sein Erscheinen am preußischen Hofe in jetzigen Zeitpuncten doch mehr einen intim persönlichen Charakter, der größere Festlichkeiten, ähnlich denen für den Großfürsten Thronfolger in Wien, ausschließt. Großfürst Wladimir zeigte von jeher eine Vorliebe für Preußen und den preußischen Hof, er gilt mit seiner Gemahlin als die Stütze der Deutschen am russischen Hofe. Scheint er auch mit keiner bestimmten Mission am hiesigen Hofe erschienen zu sein, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß sein persönlicher Verkehr mit dem Kaiser Wilhelm II. geeignet sein möchte, bei seinem Bruder, dem Zaren, für manches zwischen Deutschland und Rußland der Klärung Bedürftige zu wirken." (?)

— Für den Nordostseecanal dürften in den Reichshaushaltsetat für 1893/94 etwa 32 Millionen Mark eingestellt sein. Dies würde gegen das laufende Jahr ein Mehr von 30 Millionen bedeuten. Das laufende Jahr bildete jedoch insofern eine Ausnahme, als für dasselbe Summen zur Verfügung standen, welche in früheren Jahren zwar bewilligt, aber nicht verbraucht waren. Auch für 1893/94 dürften von diesen nicht verbrauchten Beträgen noch $4\frac{1}{2}$ Millionen zur Verwendung bereit sein, so daß auf das nächste Etatsjahr für die Arbeiten am Nordostseecanal, darunter vornehmlich für Erd- und Baggerungsarbeiten, Hafen- und Schleußenbauwerke, Brücken- und Fährbauten, eine Ausgabe von insgesammt $36\frac{1}{2}$ Millionen in Aussicht genommen ist. Auch in den früheren Jahren haben sich die Ausgaben um 30 Millionen herum bewegt.

— Dem Vernehmen nach werden auch in den nächstjährigen Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung Forderungen für den Neubau von Post-Dienstgebäuden eingestellt. Jedoch soll diesmal deren Zahl beschränkt sein. Es soll sich nur um etwa ein halbes Dutzend solcher Forderungen für Apolda, Herford, Perleberg, Pillau, Schwiebus, Forst (Lausitz) und Greifswald handeln.

— Das neueste Heft der „Zukunft" enthält folgende Notiz: Gegen Ende des Monats wird Fürst Bismarck, dessen Gesundheitszustand vortrefflich ist, von Varzin auf dem Wege über Berlin nach Friedrichsruh übersiedeln.

— In den nächsten Heften der „Grenzboten" werden Erinnerungen von Bruno Bucher an seinen Bruder Lothar Bucher mit Auszügen aus dessen Briefwechsel mit Bismarck erscheinen.

— Das Landes-Oekonomiecollegium hat folgende Beschlüsse über die Einrichtung landwirthschaftlicher Schiedsgerichte gefaßt:

„Die gegenwärtig übliche Art der Behandlung der landwirthschaftlichen Rechtsstreitigkeiten durch die ordentlichen Gerichte entspricht nicht den Bedürfnissen der Landwirthschaft nach rascher, billiger und sachgemäßer Entscheidung solcher Streitigkeiten. Das Landesökonomiecollegium stellt es daher zur gewogenen Erwägung des Herrn Ministers, ob nicht diesen Ueberständen wenigstens für die kleineren landwirthschaftlichen Streitfälle, insbesondere für die aus nachbarlichem Besitzverhältniß sich ergebenden Grenze-, Weg-, Einfriedigungs- und Wasser-Streitigkeiten durch gesetzliche Einführung von Sachverständigen-Gerichten abgeholfen werden könne, in denen Landwirthe als Beisitzer fungiren."

— Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes veröffentlicht im Namen von einer Million alter Soldaten einen Protest gegen die Ausführungen des „Militairwochenblattes" über die Landwehr.

— Der stellvertretende Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherr von Schele, schifft sich am 26. ds. Mts. von Neapel nach Ostafrika ein. Die Rückkehr des Herrn von Soden ist, nach dem „Hamb. Corr.", zur Zeit seines Urlaubs im Februar oder März zu erwarten.

— Der Präsident des Herrenhauses Herzog von Ratibor ist an einer Lungenentzündung erkrankt.

* **Hamburg,** 19. November. (Telegramm.) Gestern fanden wiederum vier Anarchistenverhaftungen statt, welche in Verbindung mit den jüngst in Berlin vorgenommenen stehen sollen. — Der amerikanische Viceconsul Burke, bekannt durch seine Angriffe gegen die Hamburger Polizei im „Sun", ist abberufen worden.

* **Neustettin,** 17. November. Für die Ersatzwahl im Landtagswahlkreise Neustettin-Belgard ist bekanntlich Herr v. Minnigerode-Rossiten als Candidat in Aussicht genommen. Herr v. Minnigerode bereist gegenwärtig den Wahlkreis und hat bereits in den Städten Belgard, Neustettin und Bärwalde eine Wahlrede gehalten, in der er sich u. A. für den confessionellen Charakter der Schule, für die „Rückeroberung der Schutzzölle" und für Beschränkung der Freizügigkeit aussprach. Wie Herr v. Minnigerode aber über die Volksbildung denkt, hat er in Bärwalde verrathen. Nach einem Bericht der „Nordd. Pr." sagte er: „Die Volksschule müsse mit der Kirche verbunden bleiben und habe das Hauptgewicht des Unterrichts nicht auf das Wissen zu legen. Denn betrachten wir doch unsere Arbeiter, wie wir sie gebrauchen: was haben sie, wenn sie zehn Jahre aus der Schule sind, noch behalten? Die Leute brauchten diese Kunst aber auch gar nicht, denn sie kämen nicht in die Lage, sie anwenden zu müssen, und wenn dies einmal, vielleicht auf dem Gerichte, doch der Fall wäre, so wüßten sich die Gerichtsbeamten schon auf andere Weise zu helfen, die Unterschrift zu ersetzen. Also wozu viel lernen, es wird ja doch wieder vergessen."

* **Thorn,** 18. November. Delplin, dem bischöflichen Sitze, wurden auf Beschluß der Sperrgelderverwendungs-Commission aus der Generalstaatscasse 800 000 ℳ und der katholischen Geistlichkeit des Bisthums gegen 200 000 ℳ ausgezahlt.

* **Breslau,** 17. November. In einer Sitzung, die der Ausschuß des Schlesischen Vereins für Hausindustrie am Dienstag unter dem Vorsitze des Oberpräsidenten von Schlesien Dr. von Seydewitz abhielt, wurde über die Beschaffung weiterer Mittel für die Prämiirung zur Ueberführung von Handwerkersöhnen in andere Berufe verhandelt. Regierungspräsident Freiherr Juncker von Ober-Conrent theilte hierzu mit, daß in diesem Jahre bisher 156 Handwerkersöhne prämiirt worden sind, von denen 16 zu der Landwirthschaft, 140 zu anderen Erwerbszweigen übergingen. Nach seinen Ausführungen sind die mit dem Verfahren im Breslauer Regierungsbezirke bisher erzielten Erfolge, wenn man die Geringfügigkeit der aufgewendeten Mittel (je 2000 ℳ vom Staate und von der Provinz und 2400 ℳ von den betheiligten Kreisen) in Betracht zieht, als verhältnißmäßig recht günstig zu bezeichnen. Von den zahlreich eingegangenen Gesuchen um Beihilfen hat ein Theil wegen Unzulänglichkeit der Mittel nicht berücksichtigt werden können. Auch das Verlangen gewerblicher Kreise nach der Heranziehung von Meistersöhnen war stark und konnte nicht immer (z. B. im Kreise Glatz) voll befriedigt werden. Die Knaben haben sich in die neuen Verhältnisse, abgesehen von vier Fällen, anscheinend überall schnell und leicht eingelebt. Die betheiligten Landräthe sind einstimmig für die Fortführung der Prämiirungen, und auch der Berichterstatter erklärte sich für die Fortführung, und zwar eine längere Reihe von Jahren hindurch unter gleichzeitiger erheblicher Erweiterung des Umfanges der Prämiirungen, um einen nennenswerthen Erfolg zu erzielen.

* **Brieg,** 17. November. Der Cultusminister verfügte, daß die Lehrer der aufgelösten Oberrealschule so lange volles Gehalt bekommen müssen, als sie ihren Wohnsitz in Brieg haben.

* **Göhrde,** 18. November. Der Kaiser ist in Begleitung des Großfürsten Wladimir und der übrigen Jagdgäste kurz vor 12 Uhr hier eingetroffen. Bald nach der Ankunft fand im Schlosse eine Frühstückstafel statt, an welcher auch Prinz Heinrich von Preußen, der Großherzog von Hessen, der Herzog Günther von Schleswig-Holstein, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Strelitz, der Prinz Albert von Schleswig-Holstein, Fürst Radziwill und Fürst Lichnowsky theilnahmen. Um 1 Uhr erfolgte der Aufbruch zur Jagd auf Sauen nach der Leopoldsinsel. Die Rückkehr ist für Nachmittags 4 Uhr in Aussicht genommen. Die Abendtafel findet um 7 Uhr statt. Das Wetter ist schön.

* **Gelsenkirchen,** 18. November. Auf den benachbarten Zechen, besonders auf Rheinelbe und Alma, sowie auf dem Walzwerk von Boecker & Co. in Schalke haben Lohnreductionen stattgefunden.

* **Karlsruhe,** 16. November. Die Regierung wies der „Badischen Correspondenz" zufolge die Bezirksämter an, vor dem Genuß amerikanischer Fleischwaaren öffentlich zu warnen und verordnete eine Nachprüfung aller importirten amerikanischen Fleischwaaren auf Trichinose auch dann, wenn ein amerikanisches Gesundheitszeugniß vorliegt, unter strafrechtlicher Haftung der Importeure und Verkäufer.

* **Stuttgart,** 18. November. Bei der heute hier stattgehabten Wahl des Oberbürgermeisters erhielt der von den Conservativen und Nationalliberalen als Candidat aufgestellte bisherige Beigeordnete Rechtsanwalt Dr. Göz 3983, der Candidat der Demokraten und Socialisten Obersteuerrath Rümelin 5408 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt.

* **Eichstätt,** 18. November. Heute wurde hier die Beleidigungsklage verhandelt, welche die Frau Herz in Oberletternmühle gegen den Pater Aurelian erhoben hat, weil er sie in dem bekannten Bericht über die Teufelsaustreibung in Wemding als Hexe bezeichnete. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirector Meyer, warnt das dichtgedrängte Publicum vor Aeußerungen des Beifalls und des Mißfallens. Andreas Gehner (Pater Aurelian) ist angeklagt des Vergehens fortgesetzter Beleidigung der Frau Herz, begangen in dem vorigen und in diesem Jahre durch den Bericht über die Teufelsaustreibung und zahlreiche mündliche Aeußerungen. Zunächst wird der aus der „Köln. Ztg." bekannte Bericht im ganzen Umfange verlesen. Pater Aurelian sagt aus, daß er als Priester den Angaben des besagten Knaben habe glauben müssen und noch glaube. Die Thatsache, daß der Teufel ausgefahren sei, beweise, daß er nicht gelogen habe. Der Vertheidiger bittet, festzustellen, daß Pater Aurelian sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sei. Der Vorsitzende bemerkt, der Teufel scheine einen widerlichen Geruch confessionellen Hasses zurückgelassen zu haben. Pater Aurelian bekennt, vielen Leuten seinen Bericht gegeben zu haben, beispielsweise dem Subrector Ferber mit der Erlaubniß, dem Major Pfeiffstifter die Lectüre zu gestatten. Der Vorsitzende bemerkt, daß Aurelian stets dabei gewarnt habe, die Herz dürfe keine Kenntniß davon erhalten. Frau Herz sagt heftig weinend aus, daß sie unter dem Vorwurf schwer leide; ihre Kinder müßten in der Schule „Hexenkinder" genannt und kämen weinend nach Hause; sie habe den Knaben Zilk's oft Obst gegeben, die kränkenden Hutzeln habe ihnen aber die Magd gegeben. Die 34jährige, nicht unschöne Frau macht einen freundlichen, gutmüthigen und nicht unintelligenten Eindruck. Zeuge Zilk, Vater des exorcirten Knaben, ist von dessen Besessenheit und Teufelsaustreibung überzeugt, er hält die Hutzeln der Herz für ein Mittel der Verhexung. Zilk muß zugeben, daß Frau Herz eine gute, wohlthätige Frau war und daß er manchmal von Herz Bedarfssachen geliehen erhielt. — Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Kapuziner Fabian ohne Erlaubniß seines Oberen eine Abschrift des Berichts angefertigt hat, welche wiederum der Laienbruder Steinherr abschrieb. Der Kapuziner Fischer machte eine Abschrift, die trotz der Warnung Aurelian's Leuten außerhalb des Klosters gegeben worden ist. Der Oekonom Schneid, ein großer Wohlthäter des Wemdinger Klosters, sagt aus, Aurelian habe ihm von der Verwünschung der Frau Herz erzählt. Der Laienbruder Makarius sagt aus, Aurelian gestattete ihm eine Abschrift, empfahl ihm aber Vorsicht an; er wohnte dem Exorcismus bei und bezeichnet den Bericht als richtig. Der Laienbruder Steinherr sagt aus, er habe der Postexpeditorin Dorr eine Abschrift gegeben zum Abschreiben. Der Vorsitzende legt einen Privatbrief des Kapuziners an das Fräulein vor, worin der Exorcismus geschildert wird und folgender Satz vorkommt: Der Priester gab dem Knaben .. Das folgende Wort ist ausradirt, es hat dort „Ohrfeigen" gestanden. Steinherr erklärte früher vor dem Untersuchungsrichter ausdrücklich, daß Aurelian die Aushändigung des Berichtes der Expeditorin gestattete. Die Aussage Steinherr's kommt Aurelian's Vertheidiger sehr ungelegen. Der Pfarrer Ruf sagt aus, er habe das Manuscript von Aurelian erhalten, es auch wieder Anderen gegeben und das Recht bei sich behalten, was Aurelian bestreitet. Der Subrector Ferber aus Lohr sagt aus, Aurelian habe gestattet, daß er die Abschrift dem Spitzinsen Major Pfeiffstifter und anderen Besuchern der Albert'schen Wirthschaft gebe. Tuct bekam Horn eine Abschrift. Der Staatsanwalt ließ constatiren, Zilk schulde dem Herz Geld. Der Vorsitzende wollte eine abermalige Durchnahme des Exorcismus ablehnen, der Vertheidiger bestand aber auf der Durchnahme, zum Beweise, daß der Knabe nachher gebessert worden sei. Als Entlastungszeugen wurden der Wemdinger Bürgermeister Schwab, Lehrer Zech, die Kaufleute Pischerr und Schieneis vernommen, sie wissen aber nichts Wesentliches, trotz breitester Erzählungen. Sie erklären Alle, sie hätten nie den Beigang gesehen. Der Kapuziner Remigius ist nicht erschienen. Der Vertheidiger erklärt, er fuße darauf, daß Aurelian unbewußt eine rechtswidrige Handlung begangen habe. Der Vorsitzende erachtet einen Sachverständigen für unnöthig. Sachverständiger Domprobst Pruner von Eichstätt erklärt, die Besessenheit sei nach der Kirchenlehre unbestreitbar, und erläutert die Dämonenlehre. Aurelian hätte die Anzeichen der Besessenheit richtig gedeutet und correct gehandelt. Sogar das Civilrecht kenne ein Bündniß des Menschen und des Teufels. Die Kirche könne den Teufel zwingen, die Wahrheit zu sagen. Nach der behexenden Person frage die Kirche nicht. Sachverständiger Subregens Schneider von Eichstätt hält einen von ihm als philosophisch bezeichneten Vortrag über das Geisterreich. — Soweit berichtet die „Köln. Ztg.". Schließlich wurde noch einem Telegramm des „B. T." der Teufelsbeschwörer Pater Aurelian wegen Beleidigung der Frau Herz zu fünfzig Mark und in die erheblichen Kosten verurtheilt.

* **München,** 17. November. In der gestrigen gut besuchten Versammlung wies der Vorsitzende des Landesausschusses Professor Dr. v. Marquardsen im Laufe der Debatte über die Militairvorlage auf die vor etwa Jahresfrist abgegebenen Erklärungen des Reichskanzlers hin und führte aus: die Verhältnisse könnten sich in dieser kurzen Zeit doch kaum derart ungünstig verändert haben, wie sie jetzt dargestellt werden; auch müßten Angesichts der fortdauernden wirthschaftlichen Depression ganz andere Motive und Garantien als die in der Vorlage enthaltenen gegeben werden. Die große Mißstimmung im Volke über die Vorlage sei durchaus berechtigt und lediglich Patriotismus rufe auch bei Denjenigen, die früher allen solchen Forderungen freundlich gegenüberstanden, Bedenken hervor. Da man ängstlich bestrebt sein müsse, jede irgendwie entbehrliche Mehrbelastung von der Nation fernzuhalten, sei die Vorlage in ihrer heutigen Form für ihn persönlich absolut unannehmbar.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien,** 18. November. Die „N. Fr. Pr." verzeichnet den Besuch des Großfürsten Wladimir beim deutschen Kaiser gewissermaßen als Correlat zu dem Besuche des Zarewitsch in Wien; politische Folgen werde voraussichtlich weder jener noch dieser Besuch haben. — In der Angelegenheit des serbisch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages verlautet, daß sich die serbische Regierung bereits der österreichisch-ungarischen Zustimmung zu der provisorischen Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages vergewissert habe, nachdem in Wien die für die serbische Regierung obwaltende Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Erledigung des neuen Vertrages durch die Skupschtina gewürdigt worden ist. Die bezüglichen Feststellungen werden im Wege eines Austausches von Declarationen erfolgen, da es für Oesterreich-Ungarn der Einholung eines parlamentarischen Votums nicht bedarf, weil sowohl die österreichische als die ungarische Regierung seinerzeit von den Legislativen mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet worden sind. — Der „Neuen Freien Presse" zufolge hängt die frühere Ankunft des ungarischen Cultusministers Czaky in Wien mit der definitiven Feststellung des Passus über die kirchenpolitische Frage im Programm des ungarischen Ministeriums zusammen. Es sei zweifellos, daß die Reform des Eherechtes auf der Grundlage der allgemeinen obligatorischen Civilehe zugesagt werde. Das Programm werde außerdem die allgemeine Reformthätigkeit umfassen und das unverbrüchliche Festhalten an dem Ausgleich von 1867 betonen.

* **Pest,** 18. November. Eine Versammlung der Delegirten von etwa 40 Vereinen der Hauptstadt beschloß einstimmig die Veranstaltung eines Fackelzuges zu Ehren des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle. Derselbe dürfte am nächsten Mittwoch zur Ausführung kommen.

Frankreich.

* **Paris,** 19. November. (Telegramm.) Die Polizei verhaftete einen angeblichen Anarchisten, einen Deutschen, Namens Püschel, 36 Jahre alt. Derselbe soll anarchistische Broschüren vertrieben haben, wenigstens sind solche in seiner Wohnung aufgegriffen worden. — In einer Versammlung der zur Zeit hier anwesenden socialistischen Führer wurde auf Antrag der Marxisten beschlossen, die Berichte von dem Berliner Socialistencongreß abzuwarten, bevor man weitere Entschlüsse fasse. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrer Unzufriedenheit mit den letzten Resolutionen Ausdruck. Man habe darin die socialistischen Principien aufgegeben. — Nach einer Depesche des Generals Dodds wird er am Montag den Angriff auf Abomey unternehmen. (?) Der Hauptmann Cremieux-Fan, der bei dem Duell zwischen Morès und Mayer eine Rolle spielte, ist in Dahomey seinen Wunden erlegen.

Belgien.

* **Lüttich,** 19. November. (Telegramm.) Der durch das Attentat zweier Anarchisten verwundete Großindustrielle Frsart ist gestern seinen Verwundungen erlegen.

P. C. Nach einer uns aus Brüssel zugehenden Meldung ist den europäischen Regierungen das Einladungsschreiben zur Theilnahme an der von der Regierung der nordamerikanischen Union einberufenen Münzconferenz am 15. d. M. zugekommen. In unterrichteten Brüsseler Kreisen verlautet, daß die englische Regierung durchaus keine Neigung zu einer Aenderung ihrer Münzgesetzgebung zeige, und daß von Deutschland die gleiche ablehnende Haltung in der Conferenz vorauszusehen sei. Unter diesen Umständen lasse sich, namentlich wenn man noch dazu die Consequenzen des Präsidentenwechsels in der Union in Betracht zieht, ein praktisches Resultat von der Conferenz nicht erwarten. Was die Staaten der Lateinischen Münzunion betrifft, dürften dieselben sich über gewisse Abänderungen der bestehenden Convention verständigen; die genannten Staaten werden denn auch in der Conferenz wahrscheinlich die gleiche Haltung beobachten.

Italien.

* **Rom,** 18. November. Der päpstliche „Moniteur de Rom" sagt, es sei ganz gleichgiltig, ob Szapary oder Wekerle ungarischer Ministerpräsident sei, wenn die liberale Partei ihre kriegerischen Projecte gegen die Kirche aufrecht hält. Die Magyaren sollten es aber im Auge behalten, daß sie sich durch den Culturkampf nach innen schwächen und nach außen ihre Stellung erschüttern. — In vaticanischen Kreisen erzählt man, daß der Papst durch die Ernennung des Cardinals Serafino Vannutelli zum Erzbischof von Bologna aus seiner Umgebung eine Persönlichkeit zu entfernen wünsche, welche mit allen Mitteln die französenfreundliche Politik des Papstes bekämpfte, da Vannutelli früher lange Zeit Nuntius in Wien war, wo er noch enge Beziehungen unterhält. Diese Auffassung ist nicht unwahrscheinlich. Die Vertrauensmänner der Curie erklären dagegen, der Papst habe durch die Ernennung Vannutelli's, der das hohe Amt des Secretairs der Breven bekleidet, die Bedeutung der Erzdiöcese Bologna zum Ausdruck bringen und Vannutelli, der das Recht hatte, die Ernennung abzulehnen, habe durch die Annahme des Postens dem Papste ein Zeichen der Ergebenheit geben wollen. Andere vaticanische Persönlichkeiten werden nun den Vorgang auf Differenzen über eine neue Richtung der päpstlichen Finanzverwaltung zurückzuführen suchen. Jedenfalls ist es höchst auffällig und bemerkenswerth, daß ein in der Curie residirender Cardinal, der obenein Secretair der Brevencongregation ist, ein Erzbisthum in der Provinz übernimmt.

Großbritannien.

* **London,** 18. November. In Cantyre (Irland) fanden gestern anläßlich der Austreibung eines Pächters äußerst heftige Zusammenstöße zwischen den Bauern und der Polizei statt. Die Polizei wurde mit Eisenzangen, die glühend gemacht waren, Heugabeln, Dreschflegeln, kochendem Wasser u. s. w. angegriffen, und gelang es derselben nur mit Mühe, die wüthenden Haufen schließlich zu sprengen und zu zerstreuen, nachdem eine ganze Anzahl Verwundeter auf beiden Seiten vom Platze getragen war. Der bekannte irische Führer Justin Mac Carthy liegt schwer erkrankt darnieder, sein Befinden läßt das Schlimmste erwarten. — Bei einem gestern stattgehabten Meeting geriethen Anarchisten und Socialisten so hart aneinander, daß die Polizei einschreiten mußte. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt.

Spanien.

* **Madrid,** 18. November. Die Regierung beschloß die Amtsenthebung des Madrider Gemeinderathes wegen arger Finanzwirthschaft und die Verwaltung der Stadt durch einen königlichen Commissar.

Portugal.

* **Lissabon,** 19. November. (Telegramm.) Der König und die Königin, die gestern wieder hier eingetroffen sind, wurden bei der Ankunft mit lebhaften Ovationen begrüßt. Die Stadt ist mit Flaggen geschmückt. Abends fanden Illumination und Feuerwerk statt.

Rußland.

* **Petersburg,** 18. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verordnung, durch welche den Hebräern, welche in der Armee als Untermilitairs nach dem früheren Recruten-Reglement gedient haben, sowie den Familienangehörigen derselben, die in Städten der inneren Gouvernements ortsangehörig sind, der Aufenthalt in Moskau und in dem Moskauer Gouvernement verboten wird. — Der Petersburger „Herold" führt in längerer Darlegung aus, die russischen Expeditionen nach Pamir seien dadurch veranlaßt worden, daß, von England angestiftet, seit 1884 der Emir von Afghanistan verschiedene Versuche gemacht habe, von dort aus Ferganah, das frühere Kokand, aufzuwiegeln. Ein Erfolg seiner Sendlinge, denen sich nur Abenteurer und frühere Kostgänger des Khans von Kokand angeschlossen, sei allerdings durch die ablehnende Haltung des Volkes selbst, das von der Rückkehr der alten Zustände nichts Gutes erwarte, vereitelt worden, die Russen hätten es aber doch schließlich für nöthig erachtet, schon zum Schutze der durch jene Unruhen stets in ihrer Existenz gefährdeten Pamir-Kirgisen, die Besitzverhältnisse auf dem Pamir in Erinnerung zu bringen und festzulegen. Aus diesen Erwägungen seien die russischen Pamir-Expeditionen entsprungen. — Nach einer Warschauer Meldung wurden in Sosnowice, Gouvernement Lublin, acht Individuen, welche in den dortigen Kohlengruben beschäftigt waren, unter der Anklage, einer revolutionären Verbindung anzugehören und Dynamit